

Der Hauptgeschäftsführer



Landkreistag NRW, Kavalleriestraße 8, 40213 Düsseldorf
Frau Ministerin
Ina Scharrenbach
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen
und Gleichstellung des Landes NRW
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Per E-Mail: Ina.scharrenbach@mhkbg.nrw.de

Herrn Minister
Lutz Lienenkämper MdL
Ministerium der Finanzen des Landes NRW
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf

Per E-Mail: lutz.lienenkaemper@fm.nrw.de

Herrn Minister
Dr. Joachim Stamp MdL
Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge
und Integration des Landes NRW
Haroldstr. 4
40213 Düsseldorf

Per E-Mail: joachim.stamp@mkffi.nrw.de

Chef der Staatskanzlei des Landes NRW
Herrn Staatssekretär
Nathanael Liminski
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Per E-Mail: vz-cds@stk.nrw.de

Herrn Fraktionsvorsitzenden
Bodo Löttgen MdL
CDU-Landtagsfraktion
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Per E-Mail: Bodo.loettgen@landtag.nrw.de

Herrn Fraktionsvorsitzenden
Christof Rasche MdL
FDP-Landtagsfraktion
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Per E-Mail: Christof.rasche@landtag.nrw.de

Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf

Zentrale: 0211.300491.0
Direkt: 0211.300491.100/101
Fax: 0211.300491.600
E-Mail: martin.klein@lkt-nrw.de
Datum: 21.12.2017
Aktenz.: 50.50.00 MK/Sü

Kostentragung für ausreisepflichtige Migranten sowie Weitergabe der Integrationspauschale des Bundes durch das Land

Sehr geehrte Frau Ministerin Scharrenbach,
sehr geehrter Herr Minister Lienenkämper,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Stamp,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Liminski,
sehr geehrter Herr Löttgen,
sehr geehrter Herr Rasche,

der Landrat des Kreises Warendorf, Dr. Olaf Gericke, hat darauf hingewiesen, dass sich in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden seines Kreises derzeit ca. 800 ausreisepflichtige Personen aufhalten. Die Kosten für diese Personengruppe werden den Kommunen bekanntlich für die ersten drei Monate nach Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW durch das Land erstattet. Ein Großteil der Ausreisepflichtigen verlässt die Bundesrepublik Deutschland nicht innerhalb dieser drei Monate. Dies liegt vor allem an den zeitintensiven Abschiebeverfahren. Die Kommunen tragen daher ab dem vierten Monat die Kosten für diese Personengruppe selbst. Dieser Umstand verursacht erhebliche Kosten bei den Städten und Gemeinden. Der Kreis Warendorf rechnet damit, dass eine vierköpfige ausreisepflichtige Migrantenfamilie die Städte und Gemeinden im Jahr etwa 30.000 Euro kostet. Eine jährliche Mehrbelastung der kommunalen Haushalte von mehreren Millionen Euro ist die Folge. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Ich möchte Sie darüber in Kenntnis setzen, dass der Kreis Warendorf die Landesregierung auffordert, den Kommunen des Kreises Warendorf zugewiesene und ausreisepflichtige Asylbewerber spätestens drei Monate nach der rechtskräftigen Ablehnung des Asylbegehrens die dann nur noch geduldeten Flüchtlinge in eine Sammelunterkunft des Landes zu überführen, um von dort aus in eigener Zuständigkeit eine Rückführung in die jeweiligen Heimatländer zu organisieren oder zumindest die Kosten für diese Personengruppe vollständig ab dem vierten Monat zu übernehmen und somit die Städte und Gemeinden zu entlasten.

Darüber hinaus verweist der Kreis Warendorf darauf, dass der Bund den Ländern seit dem Jahr 2016 jährlich durch eine entsprechende Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer eine Integrationspauschale in Höhe von 2 Mrd. Euro zur Verfügung stellt. Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen beläuft sich pro Jahr auf rd. 434 Mio. Euro. Der Kreis Warendorf nimmt darauf Bezug, dass die Landesregierung aus CDU und FDP in ihrem Wahlkampf versprochen hat, diese Integrationspauschale des Bundes eins zu eins an die

kommunale Familie weiterzugeben. Dies ist bislang nicht erfolgt. Vor dem Hintergrund, dass die kommunale Ebene erhebliche finanzielle und personelle Anstrengungen zur Integrationsarbeit von Flüchtlingen übernimmt, die auch nicht durch das Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW und ggf. durch die Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund kompensiert werden, fordert der Kreis Warendorf die Landesregierung auf, das Wahlversprechen einzulösen und die Integrationspauschale des Bundes eins zu eins an die Kommunen weiterzugeben.

Die von mir skizzierten Anliegen des Kreises Warendorf bilden gleichsam die Spitze eines Eisbergs im Hinblick auf die Erwartungen und Forderungen der kommunalen Familie an die Landesregierung. Deshalb wären wir Ihnen verbunden, wenn Sie Ihre Möglichkeiten nutzen, um diesen berechtigten Belangen Rechnung zu tragen.

Für weitergehende Gespräche stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Klein'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Martin Klein